

Bitte beachten:

Die Aufgaben wurden nur an den Schulen
164045_170604
verwendet.

Sie dürfen nicht veröffentlicht werden!



Name: _____

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (22 Punkte)
2. Ordnen Sie den Text in den historischen Kontext des Endes des 1. Weltkrieges sowie in den Kontext der Friedensverhandlungen in Versailles ein. Stellen Sie anschließend der Haltung der Autoren die der französischen Regierung gegenüber. (34 Punkte)
3. Setzen Sie sich mit der Aussage auseinander, „... daß mit der Annahme dieser Bedingungen das Ansehen des Deutschen Reiches und das Wohlergehen seiner Bevölkerung unwiderruflich dahin sind“ (Z. 2 f.). (24 Punkte)

Materialgrundlage:

- Erklärung von Wirtschaftsführern zum Entwurf des Versailler Vertrags, 17.05.1919; hier zitiert nach: Deutsche Geschichte 1918 – 1933 – Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, hrsg. von W. Michalka und G. Niedhardt, überarbeitete Neuauflage, Frankfurt/M. 1992 (Fischer Taschenbuch), S. 85 f.
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Erklärung von Wirtschaftsführern zum Entwurf des Versailler Vertrags, 17.05.1919

Beim sorgfältigen Durchlesen des Entwurfs zum Friedensvertrage ist wohl jeder Deutsche zu der Überzeugung gekommen, daß mit der Annahme dieser Bedingungen das Ansehen des Deutschen Reiches und das Wohlergehen seiner Bevölkerung unwiderruflich dahin sind. Große Gebiete sollen im Westen und Osten an andere Staaten abgetreten werden. Den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte¹ soll die Ansiedlung und freie Betätigung in Deutschland in gleicher Weise wie den eigenen Bewohnern gestattet sein, den Deutschen dagegen die Betätigung im Auslande erschwert werden. Selbst in den deutschen Kolonien werden den Fremden größere Rechte zuerkannt als den Deutschen.

10 Dazu kommen unerhörte Vorschläge zur Sicherung der Forderungen. Deutscher Besitz im In- und Auslande soll dem jederzeitigen Zugriff der Feinde freistehen. Die Saargruben sollen dem Feinde abgetreten und die linke Rheinseite auf lange Zeit hinaus besetzt werden. Dazu kommt ein entwürdigendes Kontrollsystem über unsere Finanzen, unsere Ausfuhr usw.

15 In der Erkenntnis, daß nur ein großes Deutschland, das mindestens alle Gebiete innerhalb der jetzigen Grenzen, die nach Sprache und Kultur rein oder vorwiegend deutsch sind, umfaßt und dessen Staatsangehörige die gleichen Rechte genießen wie die anderer unabhängiger Staaten, Aussicht bietet, wieder hochzukommen, haben die unterzeichneten Sachverständigen den Vorschlag erwogen, ob nicht eine Sicherung der Forderungen unserer Feinde auf andere als so entehrende und verheerende Weise möglich ist. Sie sind der Meinung, daß eine genügende Garantie gegeben werden könne durch Beteiligung der feindlichen Industrien an staatlichen
20 und privaten deutschen Industrieunternehmungen unter voller Gleichberechtigung, und zwar sowohl zur teilweisen Abtragung der Entschädigungsforderungen als zur Sicherstellung der für längere Zeit geforderten Lieferungen an Rohmaterialien.

Als erstes käme dabei in Frage eine Entschädigung im Rahmen der deutscherseits zugestandenen Wiedergutmachung für die Zerstörung industrieller Anlagen in Nordfrankreich, namentlich der Kohlengruben, durch Beteiligung an deutschen Bergwerken, in erster Linie an Staatsbergwerken. Von größter Bedeutung erscheint die Erhaltung des deutschen Erzbesitzes in Lothringen und zum wenigsten² eine starke Beteiligung der deutschen Werke an dem bisherigen deutschen Besitz an Erzgruben in Frankreich gegen Gewährung einer Beteiligung am deutschen Kohlenbesitz im Ruhrgebiet, die die gegenseitigen Bedürfnisse des Koks- und Erzbezuges ausgleichen und sichern könnten. In diesen beiden Punkten sind die Vorschläge der
30 Sachverständigen bereits ausgearbeitet.

Die unterzeichneten Sachverständigen legen Wert darauf, die schon in den Beratungen abgegebene Erklärung hiermit nochmals festzulegen, daß als Voraussetzung für ein solches Vorgehen das unbedingte Festhalten an einer Ablehnung der oben erwähnten Forderungen auf politische Zerstückelung Deutschlands und die Einrichtung unerträglicher Kontrollmaßnahmen auf die Entrechtung seiner Bewohner gilt. In jeder Einzelverhandlung über solche Beteiligun-

¹ Gemeint sind hier die siegreichen Ententemächte und ihre Verbündeten.

² Gemeint ist hier „wenigstens“.



Name: _____

gen müßte die Aufhebung bestimmter Forderungen der Gegenseite zur Bedingung gemacht werden. Dieser für die Industrie schwere Weg kann nur betreten werden in dem Gedanken, daß diese wirtschaftlichen Opfer gebracht werden müssen, um der zukünftigen Entwicklung
40 Deutschlands die Bahn offen zu halten. Maßgebend für diesen Entschluß ist für die Unterzeichneten auch die Erwägung, daß ein Eindringen fremden Kapitals in keinem Falle zu vermeiden ist und die Erfüllung der oben erwähnten Voraussetzung dem deutschen Volke die Möglichkeit gibt, sich allmählich wieder emporzuarbeiten. [...]

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Interpretation sprachlicher oder nichtsprachlicher historischer Quellen

2. Aufgabenstellung¹

- | |
|---|
| 1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (22 Punkte) |
| 2. Ordnen Sie den Text in den historischen Kontext des Endes des 1. Weltkrieges sowie in den Kontext der Friedensverhandlungen in Versailles ein. Stellen Sie anschließend der Haltung der Autoren die der französischen Regierung gegenüber. (34 Punkte) |
| 3. Setzen Sie sich mit der Aussage auseinander, „... daß mit der Annahme dieser Bedingungen das Ansehen des Deutschen Reiches und das Wohlergehen seiner Bevölkerung unwiderruflich dahin sind“ (Z. 2 f.). (24 Punkte) |

3. Materialgrundlage

- Erklärung von Wirtschaftsführern zum Entwurf des Versailler Vertrags, 17.05.1919; hier zitiert nach: Deutsche Geschichte 1918 – 1933 – Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, hrsg. von W. Michalka und G. Niedhardt, überarbeitete Neuauflage, Frankfurt/M. 1992 (Fischer Taschenbuch), S. 85 f.
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2017

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

- | |
|---|
| 1. Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte
Inhaltsfeld 6: Frieden im 20. und 21. Jahrhundert <ul style="list-style-type: none">• Internationale Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg |
| 2. Medien/Materialien <ul style="list-style-type: none">• entfällt |

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	nennt die Autoren (führende Industrielle bzw. Unternehmer), die Textsorte (Erklärung), die Adressaten (die Öffentlichkeit), die Entstehungszeit (17.05.1919) und die Art des zu untersuchenden historischen Materials (Quelle).	2
2	nennt als Thema der Quelle in etwa: Auseinandersetzung mit dem Entwurf des Versailler Vertrages.	2
3	formuliert als Kernaussage, dass die Bedingungen des Vertrages in der vorliegenden Form nicht angenommen werden dürften, da diese das Ansehen und die Entwicklung Deutschlands für immer schwächen würden.	4
4	arbeitet den Gedankengang der Autoren sinngemäß in folgender Weise heraus: Die Autoren • sagen bei Unterzeichnung des Vertrages in der vorliegenden Form negative Auswirkungen auf das Ansehen und Wohlbefinden der deutschen Bevölkerung voraus, • empören sich über den Inhalt des Vertragsentwurfs und den angestrebten Umgang der Alliierten mit Deutschland, • machen Vorschläge, um einigen Forderungen der Alliierten zu entsprechen, • wiederholen abschließend, dass der Vertrag in der vorliegenden Form niemals unterschrieben werden dürfe.	4
5	gibt die Hauptaussagen der Erklärung in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (Die Trennung der beiden Kriterien erfolgt hier nur, um die Punktteile ausweisen zu können.): • Die Inhalte des Vertragsentwurfes, die Gebietsabtretungen, die Ansiedlung und freie Betätigung der Angehörigen der Siegermächte, die größeren Rechte von Fremden selbst in deutschen Kolonien als von Deutschen im Ausland, die Abtretung der Saargruben und die Vorschläge zur Sicherung der Forderungen durch die Alliierten schwächen Deutschlands Ansehen und zukünftiges Wohlergehen. • Nur ein Aufrechterhalten der territorialen Integrität Deutschlands, das Bewahren seiner Kultur und Identität und Gleichberechtigung mit anderen Staaten gäben Deutschland die Möglichkeit, (wieder) erfolgreich zu sein. • Eine Garantie zur Sicherstellung der Forderungen nach Entschädigung und Lieferung an Rohmaterialien könne bei Beteiligung alliierter Unternehmen an staatlicher und privater deutscher Industrie gegeben werden, die auch Beteiligungen an deutschen Bergwerken einschließen und deutsche und französische Bedürfnisse nach Koks- und Erzbezug stillen würden. • Als Ausgleich für die zugestandenen Eingriffe in die deutsche Wirtschaft und die Beteiligungen müsse auf die Zerstückelung Deutschlands und die übertriebenen Kontrollmaßnahmen seitens der Alliierten verzichtet werden.	10
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	ordnet den Text in den historischen Kontext des Endes des 1. Weltkrieges sowie den Kontext der Friedensverhandlungen in Versailles ein, indem er auf folgende Gesichtspunkte Bezug nimmt:	
1	auf die militärische Situation des letzten Weltkriegsjahres, die entscheidend den Inhalt des Friedensvertrages und die Umstände seines Zustandekommens prägte; er berücksichtigt dabei mindestens zwei Aspekte, z. B.: • die sinnlose Verlängerung des Krieges nach der Niederlage Russlands Ende 1917, den erzwungenen Frieden von Brest-Litowsk und die damit verbundene Hoffnung Deutschlands auf den entscheidenden Durchbruch im Westen, • die v. a. nach dem Kriegseintritt der USA 1917 unabwendbare militärische Niederlage der Mittelmächte, • die Bitte um Waffenstillstand im Oktober 1918 durch die OHL, • die Ablehnung eines Verständigungsfriedens durch England und besonders durch Frankreich, die dazu führte, dass die deutsche Seite sich auf das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten berief, • die lange Dauer des Ersten Weltkrieges und die enormen Verluste aller beteiligten Staaten, die zu einem politischen Erfolgs- und Rechtfertigungsdruck auf die Verhandlungsführer in Versailles führten, die darum kaum zu Kompromissen bereit waren, • die Enttäuschung Deutschlands darüber, dass mit den Siegermächten kein Friedensvertrag auf der Grundlage von Wilsons 14 Punkten geschlossen werden konnte, die nach deutschem Verständnis Deutschland Selbstbestimmung und territoriale Integrität zugesichert hätten.	6
2	auf die schwierige innenpolitische Situation in Deutschland 1918/19 mit dem kriegsbedingten Ende der Monarchie und der Gründung einer demokratischen Republik, die im Kontext des verlorenen Krieges und der laufenden Friedensverhandlungen vor großen innen- und außenpolitischen Problemen stand; er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • die spätestens im Spätsommer 1918 erkennbare aussichtslose militärische Situation Deutschlands, die die Sehnsucht nach Frieden in einem kriegsmüden, hungernden Deutschland verstärkte und damit zum Zusammenbruch der Monarchie und zur Etablierung einer Republik führte, • die schwierige Situation der jungen demokratischen Regierung, einen Vertrag unterschreiben zu müssen, den sie selbst ablehnte und an dessen Zustandekommen sie nicht beteiligt war, • die politischen Unruhen und teilweise bürgerkriegsähnlichen Zustände in verschiedenen Teilen Deutschlands, • die Überzeugung monarchistischer, völkischer und rechtsnationaler Bevölkerungskreise, dass die Niederlage nicht militärisch begründet sei, sondern auf Verrat sozialistisch-spartakistischer Kräfte und der daraus resultierenden Zersetzung der Heimatfront (Dolchstoßlegende) beruhe, • die Zustimmung der Regierung zum Versailler Vertrag einige Tage nach dem Erscheinen der Erklärung, da schwerwiegende Sanktionen bei Nichtannahme durch die Alliierten angedroht und somit zu Recht befürchtet wurden, • das überwiegend sehr negative Bild des Versailler Vertrages in der deutschen Öffentlichkeit, welches auch in der Erklärung zum Ausdruck kommt.	8

3	auf die wesentlichen Umstände der Pariser Friedensverhandlungen, die Deutschland keinen Einfluss auf die Vertragsgestaltung ermöglichten; er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • den Umstand, dass die besiegten Staaten von den Verhandlungen über einen Frieden 1919 ausgeschlossen wurden, • den Aspekt, dass ab dem 24. März 1919 der „Rat der Vier“ die Deutschland betreffenden Friedensverhandlungen führte, die vor allem durch die strategischen Interessen Großbritanniens und Frankreichs bestimmt waren, • den Umstand, dass erst am 7. Mai 1919 die Vertragsbestimmungen der einbestellten deutschen Delegation übergeben wurden, die bis dahin nicht über Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen informiert worden war, • den Umstand, dass der Vertrag schließlich am 28.06.1919 im Spiegelsaal des Schlosses Versailles unterzeichnet wurde, was zusätzlich demütigend auf Deutschland wirken musste (Bezug zur Reichsgründung 1871).	6
4	auf die wesentlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die die Autoren bereits unmittelbar nach Bekanntwerdens der Friedensverhandlungen in ihrem Entwurf kritisieren; er berücksichtigt dabei mindestens zwei Aspekte, z. B.: • die Bestimmungen des Vertrags zu den zu erbringenden Entschädigungsleistungen, worunter Geldzahlungen sowie Sachleistungen fielen, die den Verlust von 90 % der deutschen Handelsflotte, von Industriegebieten, Rohstoffanlagen und landwirtschaftlichen Flächen bedeuteten und die Wirtschaftskraft beeinträchtigen sollten, • den Artikel 231, der die zahlreichen Reparationsleistungen durch die Feststellung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten legitimierte, • die Bestimmungen zu den Gebietsabtretungen, • die Bestimmungen zur Abrüstung und Entmilitarisierung, die das Ziel verfolgten, Deutschland militärisch zu schwächen.	6
5	stellt anschließend der Haltung der Autoren die Haltung der französischen Regierung gegenüber, die gekennzeichnet ist von Revanchewünschen und Sicherheitsbedenken; er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • das Bestreben nach Wiederherstellung der französischen Position als Hegemonialmacht auf dem Kontinent, was notwendigerweise mit einer Schwächung Deutschlands verbunden sein muss, während die Autoren der Erklärung v. a. das Interesse verfolgen, dass Deutschland Aussicht habe, „wieder hochzukommen“, • das Interesse Frankreichs an einem dauerhaft geschwächten Deutschland aufgrund eigener Sicherheitsbedürfnisse, während die Autoren der Erklärung Deutschland die Möglichkeit offenhalten wollen, dass dieses sich wirtschaftlich und politisch wieder erholen könne, • die Forderung Frankreichs nach territorialen Abtretungen, wirtschaftlichen Sanktionen sowie militärischer Schwächung Deutschlands, während die Autoren der Erklärung die Hoffnung äußern, „daß nur ein großes Deutschland“ sich vom Krieg und seinen Folgen erholen könne, • der Revanchegedanke Frankreichs seit dem verlorenen deutsch-französischen Krieg 1871 und der damit verbundene Wunsch nach einem verkleinerten, kontrollierbaren Nachbarstaat, während die Autoren „die Forderungen [Frankreichs] auf politische Zerstückelung Deutschlands und die Einrichtung unerträglicher Kontrollmaßnahmen“ ablehnen, • die Forderung Frankreichs nach materieller und moralischer Wiedergutmachung, während die Autoren vorschlagen, „gegenseitige Bedürfnisse“ der beiden Länder auszugleichen.	8
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	setzt sich mit der Aussage, „... daß mit der Annahme dieser Bedingungen das Ansehen des Deutschen Reiches und das Wohlergehen seiner Bevölkerung unwiderruflich dahin sind“ (Z. 2 f.) auseinander. Er bezieht sich dabei auf: Aspekte, die für diese These angeführt werden können, z. B.: • die Verdrängung Deutschlands aus seiner politischen Rolle einer europäischen Groß- bzw. Weltmacht in den Folgejahren, • die deutliche wirtschaftliche Schwächung Deutschlands durch die territorialen Verluste, • die hohen Reparationszahlungen, die die deutsche Wirtschaft massiv schwächten und von Krediten aus den USA abhängig machten, • die Nichtbeteiligung Deutschlands im Völkerbund bis 1926, die zeigt, dass Deutschland nach dem Kriegsende internationalen Einfluss verloren hatte, • die insgesamt als unangemessen und zu hart empfundenen Friedenbedingungen, die sich vor allem auch in Empörung darüber niederschlug, dass Deutschland und seine Verbündeten die Alleinschuld am Weltkrieg tragen sollten, • eine in der Folge erfolgreiche rechte Propaganda, die mit der Dolchstoßlegende, des „im Feld unbesiegten“ aber durch die revolutionäre Bewegung in der Heimat gemeichelten deutschen Heeres nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages die politische Atmosphäre der Republik von Beginn an vergiftete, • der Missbrauch der Diskussion um den Vertrag und seiner Bestimmungen für innenpolitische Auseinandersetzungen von rechtsnationalen und völkischen Kreisen in der Folgezeit, • der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland, für den die Bestimmungen und Folgen des Versailler Vertrages zumindest als Teilfaktor mitverantwortlich gemacht werden müssen. Aspekte, die gegen diese These angeführt werden können, z. B.: • der Umstand, dass der Vertrag nicht in Gänze entsprechend den französischen Vorstellungen gestaltet wurde – so gab es zum Beispiel keine Abtretung des Rheinlandes, keine Annexionierung der Saar durch Frankreich und keine Übergabe ganz Oberschlesiens an Polen, • die Chance auf einen Wiederaufstieg Deutschlands, die trotz erheblicher Gebietsverluste bestehen blieb, da die Reichseinheit sowie die Unabhängigkeit Deutschlands bestehen blieben, • die Tatsache, dass Deutschland in den Folgejahren wieder Großmacht wurde und eben nicht dauerhaft „Ansehen in der Welt“ und Wohlergehen verloren hat, • das Scheitern Frankreichs, Deutschland dauerhaft zu schwächen und eine eindeutig hegemoniale Stellung in Europa einzunehmen, • die Möglichkeiten einer realistischen Außenpolitik mit Perspektiven für eine zumindest mittelfristige partielle Revision des Vertrages mit dann mehr Spielräumen für Deutschland (Politik Stresemanns, die u. a. Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund bewirkte), • die Möglichkeit der deutschen Regierung in den Folgejahren die tiefen Gegensätze zwischen den westlichen Siegermächten und dem bolschewistischen Sowjetrussland auszunutzen, was es außenpolitisch ermöglichte, die Bestimmungen des Versailler Vertrages abzuschwächen, z. B. in der militärischen Zusammenarbeit durch den Rapallovertrag, • die Revision einiger Vertragspunkte, wie die vorzeitige Räumung des Rheinlandes, die abschließende Regelung der Reparationszahlungen auf der Konferenz von Lausanne 1932 und die Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands auf der Konferenz von Genf 1932, die die Handlungsfähigkeit der deutschen Politik aufzeigen.	20

	Orientierung für eine 10 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf den Text zu einer nachvollziehbaren Argumentation, in der mindestens drei Aspekte (darunter mindestens einer aus jedem Block [pro bzw. contra]) sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler. Orientierung für eine 20 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt unter vertiefter Bezugnahme auf den Text eine differenzierte Argumentation, in der erörternd mehr als drei Aspekte (unter Berücksichtigung mehrerer schlüssiger Argumente für jeweils beide oben angeführten Positionen) sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine sachlichen Fehler.	
2	formuliert ein Fazit, in dem er deutlich macht, dass es aus der Sicht der Autoren der Erklärung durchaus nachvollziehbare Argumente für die Behauptung gab und die Bestimmungen des Versailler Vertrages teilweise kurzfristig, mittelfristig und auch langfristig Deutschlands Ansehen und Wohlergehen schwächten, dass es aber auch Argumente gibt, die gegen diese These angeführt werden können und der Verlust von Ansehen und Wohlergehen keinesfalls unwiderruflich war.	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	nennt die Autoren ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	4			
4	arbeitet den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	22			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	ordnet den Text ...				
1	auf die militärische ...	6			
2	auf die schwierige...	8			
3	auf die wesentlichen ...	6			
4	auf die wesentlichen ...	6			
5	stellt anschließend der ...	8			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	34			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	setzt sich mit ...	20			
2	formuliert ein Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(22 Punkte)*
2. Ordnen Sie den Text in den Zusammenhang des Aufstiegs des Nationalsozialismus von 1923 bis zum Zeitpunkt der Rede ein, und erklären Sie, warum Hitler mit seinen Ausführungen bei den Generälen mit Zustimmung rechnen konnte. *(34 Punkte)*
3. Vergleichen Sie das im Text zum Ausdruck kommende Staatsverständnis Hitlers mit den Grundprinzipien der politischen Ordnung der Bundesrepublik. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Rede Adolf Hitlers am 3. Februar 1933 vor den Kommandeuren der Reichswehr nach der Abschrift des kommunistischen Nachrichtendienstes; hier zitiert nach der Dokumentation von A. Wirsching in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte, 49. Jg. (2001) H. 3, S. 545 – 548, hier S. 546 – 548
Abdruck unter: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2001_3.pdf

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Rede Adolf Hitlers am 3. Februar 1933 vor den Kommandeuren der Reichswehr nach der Abschrift des kommunistischen Nachrichtendienstes¹

Abschrift der inoffiziell angefertigten Protokollnachschrift!

[...] Wie kann Deutschland nun gerettet werden? Wie kann man die Arbeitslosigkeit beseitigen! Ich bin seit 14 Jahren ein Prophet, und sage immer wieder: all diese Wirtschaftspläne, die Kreditgewährung an die Industrie, die staatlichen Subventionen sind Unsinn. Man kann die Arbeitslosigkeit auf zweierlei Art beseitigen: 1.) durch Export auf jeden Preis und mit jedem Mittel 2.) durch gross angelegte Siedlungspolitik, die eine Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes zur Voraussetzung hat. Dieser letzte Weg wäre mein Vorschlag. Man würde in einem Zeitraum von 50 – 60 Jahren einen vollkommen neuen gesunden Staat haben. Doch die Verwirklichung dieser Pläne kann erst in Angriff genommen werden, wenn die Voraussetzungen dazu geschaffen sein werden. Diese Voraussetzung heisst Konsolidierung des Staates. Man muss zurück zu den Anschauungen, in denen der Staat gegründet wurde. Man darf nicht mehr Weltbürger sein. Demokratie und Pazifismus sind unmöglich. Jeder Mensch weiss, dass Demokratie im Heer ausgeschlossen ist. Auch in der Wirtschaft ist dies schädlich. Betriebsräte wie Soldatenräte sind der gleiche Unsinn. Warum hält man also eine Demokratie im Staate für möglich? In Deutschland ist es so, dass heute 50 % des Volkes einen Staat in unserem Sinne wollen und positiv zum Nationalsozialismus eingestellt sind, während 50 % den Staat verneinen und sagen, er sei nichts als ein Unterdrückungsinstrument gegen sie. Die einen verabscheuen den Landesverrat, die anderen sagen, Landesverrat ist unsere Pflicht. Und beiden lässt die Demokratie ihre freie Meinung. Nur wenn die einen dann ihrer Weltanschauung entsprechend tatsächlich Hochverrat begehen, werden sie bestraft. Das ist widerspruchsvoll und sinnlos. Darum ist es unsere Aufgabe die politische Macht zu erobern, jede zersetzende Meinung auf das schärfste zu unterdrücken, und das Volk zur Moral zu erziehen. Jeder Versuch des Landesverrats muss rücksichtslos mit dem Tode bestraft werden. Niederwerfung des Marxismus mit allen Mitteln ist mein Ziel.

Wenn man jetzt in Genf für Gleichberechtigung eintritt² und sich nur darauf beschränkt, dann das Heer zu vergrössern, so ist das meiner Meinung nach sinnlos. Was nützt eine Armee aus marxistisch infizierten Soldaten. Was nützt die allgemeine Wehrpflicht, wenn vor und nach der Dienstzeit die Soldaten jeder Propaganda zugänglich sind. Erst muss der Marxismus ausgerottet werden. Dann wird das Heer durch die Erziehungsarbeit meiner Bewegung erstklassiges Rekrutenmaterial haben, und es wird die Garantie bestehen, dass der Geist der Moral und des Nationalismus auch nach der Dienstzeit in den Rekruten erhalten bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, erstrebe ich die gesamte politische Macht. Ich setze mir die Frist von 6 – 8

¹ Am 3. Februar 1933 war Hitler zu einem Abendessen mit den Befehlshabern der Reichswehr in der Berliner Wohnung des Chefs der Heeresleitung eingeladen. Dort legte Hitler seine innen- und außenpolitischen Absichten und Ziele dar. Von seinen Darlegungen gibt es kein offizielles Protokoll, aber mehrere Aufzeichnungen von Teilnehmern. Nach Angaben des Herausgebers Wirsching stellt die hier zugrunde gelegte Fassung des kommunistischen Nachrichtendienstes „eine zeitnahe, höchstwahrscheinlich die überhaupt zeitnächste Überlieferung der Hitler-Rede dar“. Zur Reaktion der Zuhörer auf Hitlers Rede schreibt Wirsching: „Die zeitnahen Quellen sprechen übereinstimmend von einer überwiegenden Zustimmung zu Hitlers Einlassungen.“

² In Genf tagte die internationale Abrüstungskonferenz. Im Dezember 1932 wurde die Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung aller Nationen (d. h. auch Deutschlands) formuliert. Dies galt als außenpolitischer Erfolg.



Name: _____

Jahren um den Marxismus vollständig zu vernichten. Dann wird das Heer fähig sein eine aktive Aussenpolitik zu führen, und das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes wird auch mit bewaffneter Hand erreicht werden – Das Ziel würde wahrscheinlich der
35 Osten sein. Doch eine Germanisierung der Bevölkerung des annektierten bzw. eroberten Landes ist nicht möglich. Man kann nur Boden germanisieren. Man muss wie Polen und Frankreich nach dem Kriege rücksichtslos einige Millionen Menschen ausweisen. [...]

Nun richte ich an Sie, meine Herren Generäle, die Bitte, mit mir für das grosse Ziel zu kämpfen, mich zu verstehen und mich zwar nicht mit Waffen aber moralisch zu unterstützen.
40 Für den inneren Kampf habe ich mir meine eigene Waffe geschaffen, die Armee ist nur da für aussenpolitische Auseinandersetzungen. Sie werden nicht wieder einen Mann finden, der sich so mit ganzer Kraft für sein Ziel, für die Errettung Deutschlands einsetzt, wie ich. Und wenn man mir sagt: „Die Erreichung des Zieles hängt an ihren Augen!“ so antworte ich: Nun gut, so nutzen wir mein Leben aus!

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Interpretation sprachlicher oder nichtsprachlicher historischer Quellen

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (22 Punkte)
2. Ordnen Sie den Text in den Zusammenhang des Aufstiegs des Nationalsozialismus von 1923 bis zum Zeitpunkt der Rede ein, und erklären Sie, warum Hitler mit seinen Ausführungen bei den Generälen mit Zustimmung rechnen konnte. (34 Punkte)
3. Vergleichen Sie das im Text zum Ausdruck kommende Staatsverständnis Hitlers mit den Grundprinzipien der politischen Ordnung der Bundesrepublik. (24 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Rede Adolf Hitlers am 3. Februar 1933 vor den Kommandeuren der Reichswehr nach der Abschrift des kommunistischen Nachrichtendienstes; hier zitiert nach der Dokumentation von A. Wirsching in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte, 49. Jg. (2001) H. 3, S. 545 – 548, hier S. 546 – 548
Abdruck unter: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2001_3.pdf

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2017

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

1. *Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte*
Inhaltsfeld 4: Die Zeit des Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Herrschaftsstrukturen, Nachwirkungen und Deutungen
 - Politische und ideologische Grundlagen des Nationalsozialismus
 - Nationalsozialistische Herrschaft und „Volksgemeinschaft“
2. *Medien/Materialien*
 - entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	benennt den Redner (Adolf Hitler, Führer der NSDAP und Reichskanzler), die Textsorte (Rede), Ort und Zeitpunkt der Rede (Berlin, 03.02.1933), die Adressaten (Kommandeure der Reichswehr) und die Art des zu untersuchenden historischen Materials (Quelle).	2
2	nennt als Thema des vorliegenden Textauszuges in etwa: Hitlers politisches Programm für Deutschland.	2
3	formuliert als Kernthese, dass Hitler Demokratie und Pazifismus ablehnt und eine vollständige nationalsozialistische Machtübernahme anstrebt, die eine Niederwerfung des Marxismus mit allen Mitteln zum Ziel hat, sowie die Gewinnung von Lebensraum im Osten als Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit.	4
4	arbeitet den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, in etwa wie folgt heraus: Hitler • unterbreitet einen Vorschlag, wie durch „Siedlungspolitik“ die Arbeitslosigkeit in Deutschland beseitigt werden könne, • erläutert, dass für die Umsetzung seines Vorschlags Demokratie und Pazifismus zu beseitigen seien, • konkretisiert, was für die Umsetzung seines Plans deutscher Siedlungspolitik geschehen müsse, • führt etwaige Konsequenzen seines Plans für das europäische Ausland näher aus, • appelliert an die Generäle der Reichswehr, für seinen Vorschlag zu kämpfen und ihn zu unterstützen.	4
5	gibt die Hauptaussagen des Textausschnittes in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (Die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punktteile ausweisen zu können.): • Eine Siedlungspolitik, die den Deutschen neuen Lebensraum schaffen würde, sei die beste Perspektive, um die Zukunft Deutschlands zu sichern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. • Dazu seien Demokratie und Pazifismus zu beseitigen. Sowohl im Militär als auch in der Wirtschaft sei Demokratie schädlich, sie spalte zudem die Gesellschaft in zwei Lager und sei ohne Sinn und in ihrer Konsequenz widersprüchlich. • So müsse man zunächst die politische Macht erobern, divergente Meinungen ausschalten und das Volk nationalsozialistisch erziehen; zudem müsse der Marxismus nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch im Militär ausgeschaltet werden, um den Plan der Siedlungspolitik erfolgreich ausführen zu können.	10

	• Wenn der Marxismus in wenigen Jahren besiegt sei, könne der Plan deutscher Siedlungspolitik mit militärischer Stärke, wahrscheinlich in Osteuropa, umgesetzt werden. Da eine Germanisierung der dort lebenden Bevölkerung nicht möglich sei, werde man viele Menschen aus den eroberten Gebieten ausweisen müssen. • Er werde selbst im Innern Deutschlands für die Machtübernahme der Nationalsozialisten mit seinen Kräften alles Nötige tun, außenpolitisch brauche es aber ein dem Nationalsozialismus loyales Militär.	
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	ordnet den Text in den Zusammenhang des Aufstiegs des Nationalsozialismus von 1923 bis zum Zeitpunkt der Rede ein, indem er auf folgende Aspekte Bezug nimmt:	
1	auf die Anfänge der NSDAP als völkische, rechtsextreme, antirepublikanische Splitterpartei bis zu ihrem ersten Aufsehen erregenden Putschversuch am 9. November 1923 in München. Er berücksichtigt dabei: • den im Zuge des Krisenjahres 1923 mit General Ludendorff durchgeführten Putschversuch am 9. November 1923 in München mit dem Ziel einer von Bayern ausgehenden gewaltsamen Eroberung der politischen Macht in ganz Deutschland, • das Scheitern des Putschversuches, die Verhaftung Hitlers und das Verbot der NSDAP.	6
2	die Entwicklung der NSDAP in den Jahren zwischen 1925 und 1930, in denen sich die Partei zwar nach ihrem Verbot neu gründen konnte, jedoch nur den Status einer unbedeutenden Splitterpartei hatte, während die Weimarer Republik eine Phase von relativer Stabilität und Kontinuität durchlief. Er benennt den vierten Aspekt (Legalitätstaktik) obligatorisch sowie mindestens einen weiteren, z. B.: • Hitlers milde Bestrafung durch ein ihm freundlich gesonnenes Gericht und seine vorzeitige Entlassung aus der Festungshaft, • die Niederschrift von ‚Mein Kampf‘ während der Festungshaft mit der Darlegung der auch in der Rede angesprochenen politischen Ziele Hitlers (u. a. Antiparlamentarismus, Antipluralismus, Antimarxismus, gewaltsame Eroberung von ‚Lebensraum‘ im Osten), • die Entscheidung Hitlers, mit legalen Mitteln unter Nutzung der Möglichkeiten einer parlamentarischen Demokratie (Wahlerfolge) an die Regierung zu kommen, • die Neugründung der Partei unter seiner Führung und ihre regionale und organisatorische Ausweitung im gesamten Deutschen Reich, • das schlechte Wahlergebnis von 1928 (2,6 Prozent der Stimmen) während der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik, • die in Folge der schlechten Wahlergebnisse erfolgte veränderte Strategie der NSDAP, die in den Folgejahren nun erfolgreich auf außenpolitische Themen (Volksbegehren gegen den Young-Plan in Zusammenarbeit mit der etablierten nationalistischen Rechten) sowie auf Straßenterror insbesondere gegen die KPD und auf moderne Propagandamittel setzte.	6

3	die Entwicklung der NSDAP in den Jahren 1930 bis zum Sommer 1932, in denen die Weimarer Republik durch wirtschaftliche und politische Krisen stark belastet wurde, was wiederum den Aufstieg der NSDAP zur Volkspartei erleichterte. Er benennt mindestens zwei Aspekte, z. B.: • den Erfolg der NSDAP bei der Septemberwahl 1930, bei der die Partei ihre Zahl der Reichstagsabgeordneten von 12 auf 107 erhöhen konnte, weil sie besonders von den Stimmen des vom Abstieg bedrohten Mittelstandes, der ländlichen Bevölkerung in protestantischen Gebieten sowie von Jungwählern profitierte, die unter der Weltwirtschaftskrise besonders zu leiden hatten, • die Verdopplung der Stimmen der NSDAP bei Wahlen zwischen September 1930 und Sommer 1932, was dazu führte, dass sie im Juli 1932 zur stärksten Partei wurde, so dass fortan keine parlamentarischen Mehrheiten gegen die antirepublikanischen Parteien von rechts und links mehr möglich waren, • die Straßenkämpfe, die sich Nationalsozialisten mit Kommunisten und teilweise anderen Parteien und Verbänden lieferten, die ab 1930 zum politischen Alltag wurden und bürgerkriegsähnliche Zustände vermittelten, die bei vielen Bürgern die Vorbehalte gegen das demokratische System verstärkten, • Hitlers beachtliches Ergebnis bei der Wahl des Reichspräsidenten im Jahr 1932, • die Folgen der Weltwirtschaftskrise verschärfende Deflationspolitik Brünnings, was die nationalsozialistische Propaganda ausnutzte, • das Scheitern der letzten Präsidialkabinette (von Papen, von Schleicher) vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler.	6
4	die politische Entwicklung vom November 1932 bis zum Zeitpunkt der Rede mit dem Ergebnis der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30.01.1933; er berücksichtigt dabei mindestens den vorletzten Gesichtspunkt sowie einen weiteren Aspekt, z. B.: • den Rückgang der Stimmen der NSDAP bei den Novemberwahlen 1932, was zu einer politischen und finanziellen Krise der Partei führte, • den Druck einflussreicher Kreise aus Politik und Wirtschaft auf den Reichspräsidenten, Hitler zum Kanzler zu ernennen, • den schließlich erfolgreichen Versuch von Papens, eine Koalition aus NSDAP und DNVP zustande zu bringen mit Adolf Hitler als Reichskanzler, dessen Macht aber kontrolliert werden sollte (‚Einrahmungs- bzw. Zähmungskonzept‘), • Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 als Chef eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“ mit nur wenigen nationalsozialistischen Ministern, • die Auflösung des Reichstages am 01.02.1933 und die Ansetzung von Neuwahlen für den 05.03.1933.	6
5	erklärt, warum Hitler mit seinen Ausführungen bei den Generälen mit Zustimmung rechnen konnte, und weist in diesem Zusammenhang auf die im Kern obrigkeitsstaatliche, antidemokratische, nationalistische Gesinnung bei den meisten führenden Militärs hin, wodurch eine weitgehende Übereinstimmung mit den Ausführungen Hitlers bestand. Er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • Fast alle höheren Offiziere fühlten sich nicht primär der demokratischen republikanischen Verfassung verpflichtet, sondern eher einem abstrakten Begriff von ‚Deutschland‘, der sich auch in der Republik noch an den konservativen Normen, Werten und Strukturen des Kaiserreichs orientierte. • Das höhere Offizierskorps sah die Reichswehr überwiegend als „Staat im Staate“, die sich 1918/19 notgedrungen auf die parlamentarische Republik einlassen musste (Bündnis Ebert-Groener), ohne sich mit dieser neuen Staatsordnung zu identifizieren. Dies zeigt beispielhaft die fehlende Unterstützung der demokratischen Regierung im Kapp-Putsch 1920. • Demokratie wurde oft mit Sozialdemokratie und diese mit dem bei den konservativen Generälen verhassten Marxismus in Verbindung gebracht, dessen Vernichtung Adolf Hitler in seiner Rede propagiert.	10

	• Viele Offiziere waren Anhänger der „Dolchstoßlegende“ und sahen die Ursache für die Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg nicht beim Versagen der politischen und militärischen Führung, sondern gaben den „Novemberverbrechern“ der Republik die Schuld. • Viele Generäle teilten die Wut auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages und wollten, dass Deutschland wieder Großmachtstatus erlangte, den Adolf Hitler in seinen Ausführungen für die Zukunft Deutschlands anvisiert. • Adolf Hitler räumt der Reichswehr in seiner Zukunftsvision für Deutschland eine entscheidende Rolle ein, was bei den Generälen auf hohe Zustimmung stoßen musste.	
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	vergleicht das im Text zum Ausdruck kommende Staatsverständnis Hitlers mit den Grundprinzipien der politischen Ordnung der Bundesrepublik, indem er betont, dass es normativ keine substanziellen Gemeinsamkeiten, sondern eine Reihe grundlegender Unterschiede gibt; er berücksichtigt z. B. folgende Aspekte: • Das Staatsverständnis der BRD ist pluralistisch mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, während Hitler propagiert, „jede zersetzende Meinung auf das schärfste zu unterdrücken“ und so z. B. den „Marxismus“ primär nicht argumentativ kritisiert, sondern dessen „Ausrottung“ anstrebt, was in der Praxis auch die Verfolgung und Ermordung von Marxisten und anderen Menschen mit anderer Weltanschauung als der des NS zur Folge hatte. • Die politische Ordnung der BRD versteht sich als demokratisch und basiert auf dem Prinzip der Volkssouveränität, während Hitler Demokratie ausdrücklich ablehnt und das Prinzip der dem ‚Führer‘ bedingungslos folgenden ‚Volksgemeinschaft‘ vertritt. • Hitler will eine vollständige Eroberung der politischen Macht und deren dauerhafte Monopolisierung in seiner Hand, während in der BRD politische Macht nur auf Zeit auf der Basis regelmäßiger Wahlen und durch die Verfassung begrenzt vergeben wird. • Die BRD versteht sich als Rechtsstaat auf der Basis des Prinzips der Gewaltenteilung. Dies setzt allem staatlichen Handeln rechtsstaatliche Grenzen, während Hitler jeglichen Widerstand gegen seine Politik gewaltsam brechen will und von keinerlei individuellen Grundrechten als Abwehrrechten auch gegen den Staat ausgeht. • Hitler bezieht sich ausschließlich auf ein rassistisch verstandenes deutsches Volk, dessen „Lebensraum“ mit Waffengewalt zu erobern sei, während das Grundgesetz die durch den Staat zu schützende Menschenwürde aller Menschen hervorhebt und rassistische Diskriminierung verbietet. • Während Hitler schon wenige Tage nach Beginn seiner Kanzlerschaft einen Angriffskrieg ankündigt, ist ein solcher laut Grundgesetz verboten, und Deutschland versteht sich als friedliebender Staat, der als „gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt“ dienen will (Präambel GG). Orientierung für eine 10 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf den Text zu einer nachvollziehbaren Argumentation, in der mindestens zwei Aspekte sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler.	20

	Orientierung für eine 20 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt unter vertiefter Bezugnahme auf den Text eine begrifflich präzise Argumentation, in der mindestens vier Aspekte sachgerecht berücksichtigt werden.	
2	formuliert ein Fazit, indem er die fundamentalen Unterschiede bezüglich des Staatsverständnisses ausdrückt; z. B. undemokratisch, totalitär, rassistisch, imperialistisch vs. demokratisch, freiheitlich-pluralistisch, rechtsstaatlich, dem Friedensgebot verpflichtet und das zentrale Prinzip der Menschenwürde im Grundgesetz – auch als Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem verbrecherischen NS-Regime – hervorhebt.	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	benennt den Redner ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernthese ...	4			
4	arbeitet den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	22			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	ordnet den Text ...				
1	auf die Anfänge ...	6			
2	die Entwicklung der ...	6			
3	die Entwicklung der ...	6			
4	die politische Entwicklung ...	6			
5	erklärt, warum Hitler ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	34			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	vergleicht das im ...	20			
2	formuliert ein Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie Hauptaussagen und Gedankengang des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(22 Punkte)*
2. Erläutern Sie die zum Verständnis des Textes notwendigen historischen Ereignisse, die zur deutschen Wiedervereinigung führten. Erläutern Sie anschließend mit Blick auf das 20. Jahrhundert die Aussage, warum die Deutschen vor 1990 immer wieder einen „Streitpunkt auf der europäischen Tagesordnung“ bildeten. *(34 Punkte)*
3. Diskutieren Sie, ob über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die Einheit auch in „Köpfen und Herzen“ der Menschen in Ost und West vollzogen wurde, wie Weizsäcker sich erhoffte. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker beim Staatsakt zum „Tag der deutschen Einheit“ in Berlin am 3. Oktober 1990
Im Internet veröffentlicht unter: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1990/10/19901003_Rede.html
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker beim Staatsakt zum „Tag der deutschen Einheit“ in Berlin am 3. Oktober 1990

[...] Es gibt drinnen und draußen drückende Sorgen; das übersehen wir nicht. Vorbehalte unserer Nachbarn nehmen wir ernst. Auch spüren wir, wie schwierig es sein wird, den Erwartungen gerecht zu werden, die uns aus allen Himmelsrichtungen erreichen. Aber wir wollen und werden uns nicht von Ängsten und Zweifeln leiten lassen, sondern von Zuversicht. Ent-
scheidend ist der feste Wille, unsere Aufgaben mit Klarheit zu erkennen und gemeinsam in
Angriff zu nehmen. Dieser Wille gibt uns Kraft, die Alltagssorgen ins rechte Verhältnis zu
bringen mit unserer Herkunft und Zukunft in Europa.

Zum ersten Mal bilden wir Deutschen keinen Streitpunkt auf der europäischen Tagesordnung. Unsere Einheit wurde niemandem aufgezwungen, sondern friedlich vereinbart. Sie ist Teil
eines gesamteuropäischen geschichtlichen Prozesses, der die Freiheit der Völker und eine
neue Friedensordnung unseres Kontinents zum Ziel hat. Diesem Ziel wollen wir Deutschen
dienen. Ihm ist unsere Einheit gewidmet. [...]

Die sowjetische Führung unter Präsident Gorbatschow hat erkannt, daß Reformen in Rich-
tung auf Demokratie und Marktwirtschaft unausweichlich geworden sind. Diese Reformen
wären aber ohne Freiheit zur Erfolglosigkeit verdammt. Daraus wurden mutige Konsequen-
zen gezogen, auf eine Bevormundung der Verbündeten verzichtet und ihre politische Selbst-
bestimmung geachtet. So kam es zu den historisch beispiellosen friedlichen Revolutionen
in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. So wurde die freie Entscheidung der Deutschen für die
staatliche Einheit akzeptiert.

Noch ist ein Erfolg des Reformkurses, wie ihn die sowjetische Führung ansteuert, vielfach
bedroht. Aber sie hat sich schon jetzt ein historisches Verdienst erworben. Und viele Men-
schen, darunter wir Deutschen, haben dafür Grund zur Dankbarkeit.

Unser Dank gilt den Bürgerbewegungen und Völkern in Ungarn, in Polen und in der Tsche-
choslowakei. Die Menschen in Warschau, Budapest und Prag haben Beispiele gegeben. Sie
haben den Weg zur inneren Freiheit in der DDR als Bestandteil eines gemeinsamen geschicht-
lichen Prozesses aufgefaßt und ermutigt. Unvergessen ist auch ihre Hilfe für die Flüchtlinge
und damit ihr ganz direkter Beitrag zur Überwindung von Mauer und Stacheldraht. Das ver-
einte Deutschland wird mit ihnen in Zukunft eine offene und enge Nachbarschaft suchen.

Für Freiheit und Menschenrecht einzutreten, ist das zentrale Bekenntnis unserer westlichen
Verbündeten und Freunde, vor allem der Amerikaner, der Franzosen und der Briten. Ihr
Schutz, ihre Tatkraft und Zusammenarbeit haben uns entscheidend geholfen. Sie haben, was
das Wichtigste ist, Vertrauen in uns gesetzt. Dafür danken wir ihnen heute von Herzen.

Wie bedeutungsvoll das Verständnis der Partner für die Vereinigung der Deutschen war, hat
sich in der eindeutigen und konstruktiven Haltung der Europäischen Gemeinschaften gezeigt.
Es ist mir eine Freude, unter uns den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques



Name: _____

Delors, und seine Kollegen zu begrüßen und ihnen unsere Achtung und Dankbarkeit für ihre Weitsicht zu bekunden.

40 Zu danken haben wir heute vor allem jenen Deutschen, die in der DDR den Mut aufbrachten, sich gegen Unterdrückung und Willkür zu erheben. Seit über zehn Jahren hatten Zusammenkünfte und Friedensgebete in den Kirchen die Gedanken der friedlichen Revolution vorbereitet, vertieft und verbreitet. Die Macht der Staatssicherheit blieb aber allgegenwärtig. Der Einsatz der Waffen drohte unmittelbar bis tief in den Herbst '89 hinein. Nachgeben und Zurückweichen wären nur allzu verständlich gewesen. Doch die Hoffnungen in den Herzen der Menschen ließen sich nicht mehr unterdrücken.

45 „Wir sind das Volk“, mit diesen vier einfachen und großen Worten wurde ein ganzes System erschüttert und zu Fall gebracht. In diesen Worten verkörperte sich der Wille der Menschen, das Gemeinwesen, die *res publica*¹, selbst in die Hand zu nehmen. So wurde die friedliche Revolution in Deutschland wahrhaft republikanisch. Daß sie nach beinahe sechzig Jahren bitterer Unterdrückung erfolgte, macht sie nur um so erstaunlicher und glaubwürdiger. Demokraten hatten sich zusammengefunden, mit dem Ziel der Freiheit und der Solidarität, beides
50 in einem ein Auftrag für uns alle. [...]

Die Form der Einheit ist gefunden. Nun gilt es, sie mit Inhalt und Leben zu erfüllen. Parlamente, Regierungen und Parteien müssen dabei helfen. Zu vollziehen aber ist die Einheit nur durch das souveräne Volk, durch die Köpfe und Herzen der Menschen selbst. Jedermann
55 spürt, wie viel da noch zu tun ist. Es wäre weder aufrichtig noch hilfreich, wollten wir in dieser Stunde verschweigen, wieviel uns noch voneinander trennt. [...]

¹ wörtliche Übersetzung: die öffentlichen Angelegenheiten

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Interpretation sprachlicher oder nichtsprachlicher historischer Quellen

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie Hauptaussagen und Gedankengang des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (22 Punkte)
2. Erläutern Sie die zum Verständnis des Textes notwendigen historischen Ereignisse, die zur deutschen Wiedervereinigung führten. Erläutern Sie anschließend mit Blick auf das 20. Jahrhundert die Aussage, warum die Deutschen vor 1990 immer wieder einen „Streitpunkt auf der europäischen Tagesordnung“ bildeten. (34 Punkte)
3. Diskutieren Sie, ob über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die Einheit auch in „Köpfen und Herzen“ der Menschen in Ost und West vollzogen wurde, wie Weizsäcker sich erhoffte. (24 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker beim Staatsakt zum „Tag der deutschen Einheit“ in Berlin am 3. Oktober 1990
Im Internet veröffentlicht unter: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1990/10/19901003_Rede.html
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2017

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

1. *Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte*
Inhaltsfeld 5: Nationalismus, Nationalstaat und europäische Integration
 - Entstehung, Auswirkungen und Überwindung der deutschen und europäischen Teilung 1945 bis 1989/90
 - Lebenssituation der Menschen in der DDR

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

Inhaltsfeld 6: Frieden im 20. und 21. Jahrhundert

- Bipolare Ordnung der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg: Ursachen und Überwindung des Kalten Kriegs

2. Medien/Materialien

- entfällt

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	benennt den Redner (Richard von Weizsäcker, Bundespräsident), die Textsorte (politische Rede), die Adressaten (Teilnehmer des Staatsakts, deutsche und internationale Öffentlichkeit), den Zeitpunkt der Rede (3. Oktober 1990) sowie die Art des zu untersuchenden Materials (Quelle).	2
2	nennt als Thema in etwa: der Prozess der deutschen Einheit und die daran beteiligten Akteure und Ereignisse.	2
3	formuliert als Kernaussage in etwa: Verschiedene internationale und nationale Akteure hätten zum Gelingen der deutschen Einheit beigetragen; diese müsse aber in Zukunft durch die Deutschen gefestigt werden.	4
4	gibt den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, in etwa wie folgt wieder: Der Bundespräsident • skizziert die Sorgen der europäischen Nachbarn im Rahmen der Deutschen Einheit, die im gesamteuropäischen Rahmen aber entkräftet werden sollen, • zeigt sich überzeugt und dankbar für die Reformen Gorbatschows und die Überwindung der Grenzen durch die osteuropäischen Bürgerbewegungen, • dankt den westlichen Alliierten und der EG für die Unterstützung bei der Wiedervereinigung, • dankt auch der Bürgerrechtsbewegung der DDR für ihren Mut, • formuliert als politisches Ziel die innere Einheit Deutschlands.	4

5	gibt die Hauptaussagen des Textes in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (Die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punkteanteile ausweisen zu können.): • Die Sorgen und Vorbehalte der europäischen Nachbarn bezüglich der deutschen Wiedervereinigung würden ernstgenommen und könnten erstmalig friedlich in einem gesamteuropäischen Rahmen beigelegt werden. • Aufgrund der Reformen Gorbatschows seien durch die Bürgerbewegungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei friedliche Revolutionen möglich geworden, für die die Deutschen ihnen aufgrund der Grenzöffnungen zu Dank verpflichtet seien. • Den westlichen Alliierten, den USA, Frankreich und Großbritannien, sei wegen ihres Eintretens für Freiheit und Menschenrechte, der Europäischen Gemeinschaft für ihre Unterstützung zu danken. • Zu danken sei insbesondere der Bürgerrechtsbewegung in der DDR, deren Mitglieder den Mut gehabt hätten, gegen ihre Unterdrückung und für Freiheit und Demokratie und die Wiedervereinigung zu demonstrieren. • Die Deutsche Einheit sei nun vollzogen, die innere Einheit in Köpfen und Herzen der Menschen müsse aber noch vollendet werden.	10
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	erläutert die zum Verständnis des Textes notwendigen historischen Ereignisse, die zur deutschen Wiedervereinigung führten, indem er folgende Aspekte berücksichtigt:	
1	den seit Mitte der 80er Jahre einsetzenden und sich bis 1989 beschleunigenden politischen Wandel in Ost- und Mitteleuropa durch die Reformen in der Sowjetunion und damit z. T. verknüpfte politische Prozesse des Umbruchs in anderen sozialistischen Ländern als Voraussetzung für das Zustandekommen der Deutschen Einheit; er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • die sich verschärfende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Krise in den sozialistischen Ländern als Folge wirtschaftlicher Strukturprobleme, politischer Repression und fehlender demokratischer Legitimation und des Rüstungswettlaufs mit dem Westen als Ausgangspunkt für den politischen Wandel, • die von Weizsäcker erwähnte sowjetische Liberalisierungspolitik in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (Glasnost und Perestroika) durch den Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Michail Gorbatschow, welcher erste Reformen (u. a. die Möglichkeit zu freier Meinungsäußerung) auf den Weg brachte, • die Aufgabe der Breschnew-Doktrin, was den Weg zu Reformen und zur Demokratisierung in den Ostblockstaaten ermöglichte, • die von Weizsäcker genannte Entstehung antikommunistischer Reformbewegungen in Polen und Ungarn sowie in anderen Staaten und sowjetischen Teilrepubliken als Zeichen des einsetzenden politischen Wandels, • den von Weizsäcker gewürdigten Abbau von Sperranlagen an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich Mitte 1989, welche die beschriebene Fluchtbewegung von Bürgern der DDR in den Westen auslöste.	10

2	die politische Entwicklung in der DDR im Jahre 1989 und 1990 sowie die damit verbundenen Initiativen der Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung; er berücksichtigt dabei mindestens: • den Zwei-plus-Vier-Vertrag (12. September 1990) zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten, welcher die Rechte und Pflichten des wiedervereinigten Deutschlands regelte, • die staatliche Wiedervereinigung (3. Oktober 1990) in Form des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik gemäß Art. 23 des Grundgesetzes, zu welchem Anlass Weizsäcker diese Rede hielt, sowie mindestens zwei weitere Aspekte, die 1989/90 zur Wiedervereinigung beitrugen, z. B.: • die weiterhin abwehrende Haltung der DDR-Führung gegenüber den Reformansätzen Osteuropas, • die von Weizsäcker wertgeschätzte Bildung und Ausdehnung einer v. a. durch die Kirchen getragenen Friedens- und Protestbewegung, die grundlegende Probleme wie fehlende Demokratie kritisierte und bisher vorenthaltene Freiheitsrechte innerhalb einer reformierten DDR forderte, • die anwachsende Ausreise- bzw. Fluchtbewegung in den Westen, z. T. über andere Ostblockstaaten (sog. „Botschaftsflüchtlinge“, Flucht über die geöffnete ungarisch-österreichische Grenze), • die überraschende Öffnung der Grenze in den Westen, den Fall der Mauer (9. November 1989), • den 10-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung durch Bundeskanzler Helmut Kohl (28. November 1989), • die ersten und letzten freien Wahlen der DDR am 18. März 1990, in deren Folge Lothar de Maizière (CDU) Ministerpräsident der DDR wurde, • die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, welche die Deutsche Mark, die soziale Marktwirtschaft und das westdeutsche Sozialsystem am 1. Juli 1990 in der DDR einführt, • die 2+4-Gespräche von Mai bis September 1990 zwischen den 4 Siegermächten des 2. Weltkriegs und den beiden deutschen Staaten über die Rechte und Pflichten des vereinten Deutschlands, • den Einigungsvertrag über die Modalitäten des Beitritts der DDR zur BRD (29. September 1990).	12
3	erläutert anschließend mit Blick auf das 20. Jahrhundert die Aussage, warum die Deutschen vor 1990 immer wieder einen „Streitpunkt auf der europäischen Tagesordnung“ bildeten, indem er ausführt, dass Deutschland immer dann während des 20. Jahrhunderts Streitpunkt auf der europäischen Tagesordnung war, wenn es Unfrieden in die europäische Ordnung gebracht hatte; er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • das aggressive Auftreten der deutschen Außenpolitik unter Wilhelm II., der mit seinen Forderungen nach einem Platz an der Sonne die aktive Kolonialpolitik betreibenden europäischen Großmächte verschreckte und durch eine massive Aufrüstung Misstrauen und eine gegen Deutschland gerichtete Bündnispolitik hervorrief, • die Unterstützung Österreich-Ungarns in der Julikrise und die Kriegsführung Deutschlands gegen einen Großteil der europäischen Nationen unter Bruch des Völkerrechts (Belgien) und Missachtung des Kriegsrechts (Giftgas) im Ersten Weltkrieg – beides Faktoren, die wesentlich zur Eskalation des Krieges führten und zum Verlust des Vertrauens in eine friedfertige Politik Deutschlands beitrugen, • die Inhalte und die Umsetzung des Versailler Vertrages und Deutschlands revisionistische und nationalistische Reaktion darauf, was zu weiteren Spannungen führte (z. B. Ruhrbesetzung),	12

	• die menschenfeindliche Innenpolitik Hitlers, die zur Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Minderheiten in Deutschland und einer Fluchtwelle aus Deutschland führte, wodurch Deutschlands Bild auch international weiter geschädigt wurde, • die revisionistische und aggressive Außenpolitik und Wiederaufrüstung unter Bruch internationaler Abkommen durch Hitler am Vorabend des 2. Weltkriegs (z. B. Anschluss des Sudetenlands und Österreichs), die bewies, dass Deutschland unter der nationalsozialistischen Führung politisch nicht zu trauen war, • den Bruch des Völkerrechts und der Menschenrechte durch Führung von Angriffs- und Vernichtungskriegen gegen einen Großteil der europäischen Nationen, die Millionen von Menschenleben weltweit kosteten, • die in der Potsdamer Konferenz von den Siegermächten beschlossene erneute Abrüstung, Verkleinerung und Demokratisierung Deutschlands, die in ihrer Ausprägung zu weiteren Spannungen zwischen Ost und West führen sollten, • die nach Kriegsende durch Gründung von BRD und DDR erfolgte unterschiedliche Entwicklung beider deutscher Staaten an der Nahtstelle des Kalten Krieges, die durch gegenseitige Provokationen wiederum die Gefahr einer erneuten kriegesischen Auseinandersetzung heraufbeschwor.	
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	diskutiert, ob über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die Einheit auch in „Köpfen und Herzen“ der Menschen in Ost und West vollzogen wurde, wie Weizsäcker sich erhoffte. Er berücksichtigt dabei einerseits Überlegungen, die dafür sprechen, dass viele Deutsche nicht nur formal, sondern auch emotional-affektiv Deutschland als Einheit verstehen, z. B. anhand folgender Aspekte: • die zunächst unterschiedlichen Gewohnheiten der Deutschen aus Ost und West, z. B. im Einkaufs- oder Kleidungsverhalten sind nivelliert, • die zuvor unterschiedlichen Reisevorlieben in das europäische Ausland sind nahezu aneinander angeglichen, • die Wanderungsbewegung innerhalb Deutschlands weist im Jahre 2016 zum ersten Mal einen Bevölkerungszuwachs für Ostdeutschland auf, • die Bildungsbiographie der jungen Generation lässt sich in Ost und West kaum mehr unterscheiden, Universitäts- und größere Ausbildungsorte sind gleichermaßen beliebt, • das politische Interesse ist in beiden Bereichen Deutschlands gleichmäßig auf dem Rückzug, • Eheschließungen zwischen Ost- und Westdeutschen gelten als normal, • die ehemalige Grenze ist auch optisch nahezu verschwunden, • eine Ostdeutsche wurde 2005 Bundeskanzlerin, ein Ostdeutscher 2012 Bundespräsident. andererseits Überlegungen, die dafür sprechen, dass viele Deutschen nur formal, aber noch nicht umfassend emotional-affektiv die Einheit wahrnehmen, sondern dass die Mauer in vielen Köpfen noch nicht verschwunden ist, z. B. anhand folgender Aspekte: • die Bezeichnungen „Ossis“ bzw. „Wessis“ mit den entsprechenden vorurteilsbehafteten Stereotypen des schimpfenden Ossis und des besserwisserischen Wessis werden weiterhin genutzt,	20

	• Ostdeutsche besuchen häufiger die westlichen Bundesländern als Westdeutsche die östlichen Bundesländer, • in Westdeutschland produzierte Waren und Unternehmen aus dem Westen haben zwar den Osten erobert, Waren und Unternehmen aus dem Osten sind aber selten im Westen zu finden, • ostdeutsche Bürger fühlen sich oft weiterhin als Bürger zweiter Klasse, • das politische Wahlverhalten tendiert im Osten zu extremeren Parteien – sowohl im linken als auch im rechten politischen Spektrum, die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie ist dagegen geringer, • Fremdenfeindlichkeit ist aus verschiedenen historischen und aktuellen Gründen im Osten verbreiteter als im Westen, • ostdeutsche Mundarten, z. B. Sächsisch und Thüringisch, gelten im Westen als unbeliebt, • eine Aufarbeitung der deutschen Teilung und der Wiedervereinigung hat erst begonnen, eine historische Bewertung der DDR ist insgesamt sehr umstritten, • weiterhin wünschen sich einige Menschen in Ost und West die Mauer zurück. Orientierung für eine 10 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf den Text zu einer nachvollziehbaren Argumentation, in der insgesamt mindestens drei Gesichtspunkte aus den beiden Blöcken im Verhältnis zwei zu eins sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler. Orientierung für eine 20 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt unter vertiefter Bezugnahme auf den Text eine differenzierte Argumentation, in der erörternd insgesamt mindestens vier Gesichtspunkte ausgewogen aus den beiden Blöcken – sowohl bestätigend als auch relativierend bzw. widerlegend – sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine sachlichen Fehler.	
2	formuliert ein Fazit, in dem er neben einem Abbau von Unterschieden in Mentalitäten und Vorlieben in Ost und West auch weiterhin bestehende Differenzen und unterschiedliche Überzeugungen sieht, sodass zu konstatieren bleibt, dass die deutsche Einheit auch nach 25 Jahren noch nicht vollständig in „Köpfen und Herzen“ der Menschen vollzogen wurde.	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	benennt den Redner ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	4			
4	gibt den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	22			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	erläutert die zum ...				
1	den seit Mitte ...	10			
2	die politische Entwicklung ...	12			
3	erläutert anschließend mit ...	12			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	34			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	diskutiert, ob über ...	20			
2	formuliert ein Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0